

Buchbinder-Zeitung

Erste Ausgabe
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Quartal (ein Vierteljahr) Post-
gebühren nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inferate
pro viergespaltene Zeitschrift 3 Pf.;
für Verbandsmitglieder 40 Pf.;
Erfüllungsbote 40 Pf.; Beizmit-
tungsangelegenheiten 20 Pf.; Privat-
angelegenheiten der Betrag beigefügt.

Nr. 28.

Berlin, den 11. Juli 1915.

31. Jahrgang.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 28. Wochenbeitrag fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Bezugnehmend auf unsere Bekanntmachung in Nr. 25 geben wir hiermit bekannt, daß die Hinterbliebenenunterstützung, zu dem im Statut vorgesehenen Höchstbetrag, auch an die Hinterbliebenen der verstorbenen oder im Felde gefallenen Mitglieder ausbezahlt werden kann, denen die Unterstützung bereits bewilligt, die aber nach dem 5. Juli noch im Unterstützungsbezug stehen. Eine Nachzahlung auf vor dem 5. Juli abgelaufene Unterstützung kann nicht erfolgen.

Beim Uebertritt von einer niederen zu einer höheren Beitragsklasse gilt in bezug auf die Hinterbliebenenunterstützung sinngemäß daselbe, was in den Bestimmungen betr. Reise- und Arbeitslohnunterstützung, Punkt 7, gesagt worden ist, d. h. daß bei 156 geleisteten Beiträgen in der 4. oder 5. Beitragsklasse mindestens die Unterstützungssätze der 4. Beitragsklasse gewährt werden können, auch wenn nach geschehener Umrechnung nicht 156 Beiträge der 5. Beitragsklasse sich ergeben sollten.

2. Die Zahlstelle Kalkstein i. Vogtl. ist infolge der durch den Krieg geschaffenen Lage eingegangen. Die dort noch vorhandenen Mitglieder werden als Einzelmitglieder vom Gauvorstand in Chemnitz weitergeführt.

Der Verbandsvorstand.

Gegen die Sonderbündelei.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veröffentlicht an der Spitze ihres „Correspondenzblattes“ vom 26. Juni das Folgende:

„Ein „Mit Parteitag“ schließendes, mit 172 Namen unterzeichnetes Schriftstück „An den Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands! An den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion!“ ist in den letzten Tagen an die Gewerkschaftspresse, die Gewerkschaftsstellstelle und an Funktionäre der Gewerkschaften versandt worden. Zu dem Begleitendebrief an die Gewerkschaftspresse so auch an das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission wird um Abdruck, in dem an die Gewerkschaftsfunktionäre um Mitunterzeichnung der Kundgebung gebeten, die, nach Form und Inhalt zu urteilen, von einer sehr phantasiereichen Verabredung des Verfassers zeugt. Wir könnten, da wohl kaum die Redaktion eines Gewerkschaftsblattes, die sich ihrer Verpflichtungen bewußt ist, das Schriftstück veröffentlichen, noch ein ernst zu nehmender Gewerkschaftsfunktionär es unterzeichnen wird, diesen Versuch, die Gewerkschaften in den Parteistreit hineinzuziehen, als erledigt gelten lassen. Die ganze Art der Aufmachung dieser Kundgebung nötigt uns jedoch zu einer Stellungnahme.

Diejenigen, welche das Schriftstück verantwort-lich zeichnen, tragen neben Namen und Wohnort alle

möglichen Titel. Wir finden da u. a. einen K. K. ... aus S.: „1. Vorsitzender des Wahlvereins, 1. Vorsitzender des Bildungsausschusses, Gemeindevertreter“. Die Titelsucht dieser sich radikal-revolutionär gebärdenden Sozialdemokraten bietet dem Redakteur eines Witzblattes dankbaren Stoff. Leider ist das Schriftstück nicht zur Veröffentlichung in einem Witzblatt bestimmt. Die Titelbeigabe soll den Anschein erwecken, als wäre eine gewaltige, gegen den Vorstand der sozialdemokratischen Partei und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gerichtete Bewegung in der Arbeiterchaft Deutschlands vorhanden. Eine Bewegung, die von der Redaktion des „Vorw.“ sich bis zum „Revisor der Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes in B.“ erstreckt. Das ist, soweit die Gewerkschaften in Frage kommen, eine bewußte Irreführung. Die Parteigenossen (es sind deren 20 unter 172), die ihrem Namen unter dem Mundschreiben den Titel eines Gewerkschaftsfunktionärs hinzugefügt haben, sind nicht berechtigt, im Namen der Gewerkschaften oder des Verbandes, dem sie angehören, ja nicht einmal im Namen des Organisationszweiges, dessen Leitung ihnen anvertraut ist, zu sprechen. Es ist ein Mißbrauch des Vertrauenspostens, wenn sie den Anschein erwecken wollen, als stände die Organisation, als deren Vertreter sie sich in dem Mundschreiben bezeichnen, in der Sache hinter ihnen. Traurig wäre es um die Arbeiterchaft Deutschlands bestellt, wenn das jemals der Fall sein könnte.

Es handelt sich bei diesem Mundschreiben nicht mehr um eine spontane Kundgebung, sondern um einen organisierten Sprengungsversuch der Einheit der deutschen Arbeiterorganisationen. Die Desorganisation soll herbeigeführt werden, weil die große Mehrheit der organisierten Arbeiterchaft sich dem Willen einer kleinen Minderheit nicht unterwerfen will.

Es wäre verhängnisvoll für die Zukunft der Arbeiterbewegung Deutschlands, wenn wir dies heute nicht offen aussprechen würden.

An dem Tage, an welchem nach Schätzung der Herausgeber des Mundschreibens dieses in der Partei- und Gewerkschaftspresse veröffentlicht werden sollte, erschien in dem Leipziger Parteiblatt eine im gleichen Sinne gehaltene Kundgebung, in der die Masse der Parteigenossen aufgerufen wird, sich gegen die stets mit großer Mehrheit gefassten Beschlüsse der von ihnen eingesetzten Störperschaften zu wenden. Gezeichnet ist diese Kundgebung von dem Vorsitzenden des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, sowie dem Redakteur des wissenschaftlichen Organs der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Durch diese Handlung von Genossen, denen die höchsten Ehrenämter in der Organisation in dem Vertrauen übertragen wurden, daß sie stets den Beschlüssen der Mehrheit Geltung verschaffen und dadurch die Einheit der Partei sichern würden, ist alles über den Dauen geworfen, was bisher in der Arbeiterbewegung Deutschlands als unantastbar galt.

Für die Gewerkschaften Deutschlands, die in der sozialdemokratischen Partei ihre politische Vertretung sehen, wäre es ein großer Nachteil, wenn dieser organisierte Sprengungsversuch Erfolg haben sollte. Ob er sich dauernd bemerkbar machen würde und die Fortentwicklung der gewerkschaftlichen Organisation darunter leiden könnte, wollen wir heute nicht unterfragen.

Jedenfalls müssen wir uns aber mit aller Entschiedenheit gegen diejenigen wenden, denen das Ge-

*) Von den Redakteuren dieses Blattes haben neun das Schreiben mitunterzeichnet. Vielleicht sind auch noch einige weitere dieser unergleichlichen Zeitgenossen ohne Titelnennung im Schwarm der Unterzeichner verloren gegangen.

fühl der Verpflichtung gegenüber der Organisation fehlt und die es für geraten halten, den Parteifreie in die Gewerkschaftsorganisationen zu tragen. Wenn man schon die Wirkung des politischen Kampfes durch Desorganisierung der Partei herabmindern will, so möge man wenigstens die Gewerkschaften mit diesem Treiben verschonen. Die Gewerkschaften werden nach Beendigung des Krieges die äußerste Kraft zur Vinderung der eintretenden Not einbringen müssen und der geschlossenen Organisation bedürfen, um die schweren wirtschaftlichen Kämpfe in dieser kritischen Zeit zu führen.

Wir erwarten von den Gewerkschaftsvertretern, welche die Erfüllung ihrer Aufgaben ernst nehmen, daß sie alles daran setzen werden, die Geschlossenheit in der Gewerkschaftsbewegung nach wie vor zu erhalten.“

Berlin, 29. Juni 1915.

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Auch die Vorstände der sozialdemokratischen Partei und Reichstagsfraktion wenden sich in einem gemeinsamen Protest: „Gegen Parteizerrüttung“ gegen die Verfasser desselben Flugblattes. Daneben erließ der Parteivorstand noch einen Friedensaufruf, in dem er alle seine vergeblichen Bemühungen zur Herbeiführung des Friedens aufzählte, die weder von den sozialdemokratischen Parteien, noch von den Regierungen der feindlichen Länder erwidert worden wären. Im Gegenteil dürften wir „uns nicht über die betreibende Tatsache hinwegtäuschen, daß die große Masse der dem Internationalen Sozialistischen Bureau angehörenden Sozialisten Englands und Frankreichs, ihre Organisationen und Leitungen, mit ihren Regierungen den Krieg fortführen wollen bis zur völligen Niederwerfung Deutschlands“.

Wenn die Sachlage so ganz zutreffend geschildert wird, dann war es eigentlich unlogisch von dem Vorstände der sozialdemokratischen Partei, und außerdem aussichtslos, der deutschen Regierung zuzumuten, ihre Vereinnahmung kundzutun, in Friedensverhandlungen einzutreten, und von den Parteigenossen in den anderen kriegführenden Ländern zu erwarten, daß sie in gleichem Sinne auf ihre Regierungen einwirken, wenn diese und jene erst die völlige Niederwerfung Deutschlands, nicht aber jetzt den Frieden wollen. Ein Parteiblatt hatte ganz recht, wenn es schrieb: Mögen erst einmal die Sozialisten der anderen kriegführenden Länder durch die Tat ihre Friedensliebe beweisen. Solange aber dazu keine Neigung vorhanden wäre, siehe es für uns, die Zähne zusammenbeißen und weiterkämpfen, bis jene zum Frieden geneigt wären. Zweifellos war die Absicht des Parteivorstandes eine gute, allein die Wirkung ist eine entgegengesetzte. Im feindlichen Ausland legt man den Aufruf als Schwäche Deutschlands aus und fordert die eigenen Volksgenossen zur um so energischeren Fortführung des Krieges auf. Das ist die eine Wirkung — und in der Politik kommt es weniger auf die guten Absichten als auf die Wirkungen aller Schritte an —, die andere besteht darin, daß man den Aufruf als

eine Verbenkung vor der Obstruktion des Parteivorstehenden Haase und seiner Anhänger, den Liebknecht, Kautsky u. a. m. aufzählt. Das ausländische Ablagerungsorgan der Obstruktion, die „Berliner Tagwacht“, macht auch gar kein Hehl daraus. Jubelnd erklärt sie unter Bezugnahme auf den Aufruf Haases und Kautskys: „Das Gebot der Stunde“ in der „Leipziger Volkszeitung“ und auf den Aufruf des Parteivorstandes in ihrem Leitartikel vom 28. Juni: „Die Kampffront der offiziellen deutschen Sozialdemokratie ist in Stücke geschlagen.“... „Desorganisiert steht die Leitung der deutschen Sozialdemokratie da.“ Ein feiner Ruhm für einen Parteivorstehenden, seine Partei desorganisieren zu helfen! Wird Haase nicht endlich erkennen, wohin sein parteischädigendes Treiben führt?

Neuerdings wollen sogenannte „radikale“ Kreise es den Gewerkschaften verwehren, ein Wort über Kriegs- und Friedenspolitik mitzureden, denn das sei eine „innere Angelegenheit der Partei“. Soll man solche Äußerungen überhaupt noch ernst nehmen? Nein! Denn wie kann man das? Ein Krieg, wie dieser Weltkrieg, der alle Klassen des Volkes bis auf den Grund ihrer wirtschaftlichen Lebensbedingungen aufwühlt, soll eine „innere Parteiangelegenheit“, richtiger eine Angelegenheit der Herren Literaten und Parteifraßer sein? Wir danken schon für eine solche Weisheit und halten uns lieber an die Resolution, welche schon der Verbandstag zu Dresden 1914 annahm, in der es sehr treffend hieß:

„Der Verbandstag erklärt sich für die Neutralität der Gewerkschaften. Der Verbandstag ist aber ferner der Meinung, daß zwischen wirtschaftlicher und politischer Entwicklung und Bewegung innige Wechselbeziehungen bestehen, die zu pflegen Aufgabe der „Buchbinder-Zeitung“ ist.“

Danach wollen wir uns auch ferner halten und deshalb sind wir mit der Generalkommission gegen die immer offener zutage tretende und die Gewerkschaften mitberührende und schädigende Sonderbündelei. Denn solange die Gewerkschaften die sozialdemokratische Partei als ihre politische Vertretung betrachten, kann ihr die Haltung dieser Partei nicht gleichgültig sein. Verliert sie zu einer Zeit, in der es sich um die Existenz des ganzen Volkes handelt — und das ist jetzt der Fall — so könnte man es keiner Regierung verübeln, wenn sie nicht nur während, sondern auch nach dem Kriege ihre Konsequenzen daraus zöge, ja ziehen müßte, wobei natürlich die Gewerkschaften auch übel wegkämen und mit neuen reaktionären Maßnahmen zu rechnen hätten.

Welche Hoffnungen diesbezüglich die Reaktionäre auf das Gebaren der Haase, Kautsky, Liebknecht u. a. setzen, lehren uns die frohlockenden Artikel der Scharfmacherblätter zur Genüge.

Für unsere Krieger und ihre Angehörigen.

Die Gewerkschaften bei der Berufsberatung und Arbeitsbeschaffung für Kriegsbeschädigte heranzuziehen, ist für Berlin zur Tatsache geworden, denn wie in einer Sitzung der Berliner Gewerkschaftskommission am 22. Juni mitgeteilt wurde, hat der zuständige Stadtrat Dr. Freuß die Vertretung der Arbeiterorganisationen ersucht, 150—200 Berufsberater vorzuschlagen. Zu dem notwendigen Zusammenarbeiten mit den anderen Großberliner Gemeinden ist es noch nicht gekommen, weil diese den Provinzialbehörden der Provinz Brandenburg unterliegen und deren Weisungen folgen müssen. Die geschaffene „Ausgleichsstelle“, die dazu dienen soll, die Kriegsbeschädigten, die in ihrer Wohn-Gemeinde nicht gearbeitet haben, derjenigen Gemeinde zu überweisen, wo sie zuletzt in Arbeit standen, ist ein ungewundener Kolb.

In der Berliner Metallindustrie ist bereits ein Abkommen zwischen den in Frage kommenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen zu

obigen, in der Heberichs-Zeitung wiedergegebenen Zwede getroffen worden, das am Dienstag, den 22. Juni, im „Bormars“ veröffentlicht wurde und als vorbildlich gelten kann. Die übrigen Berufe werden gut tun, mit den Arbeitgebern ähnliche Vereinbarungen zu treffen. Das gilt selbstverständlich auch für unsern Beruf, weshalb wir auch den in voriger Nummer erschienenen Artikel des Kollegen Eugen Brüdner der Beachtung empfehlen.

In Chemnitz wurde unser Kollege Emil Krübe von den Gewerkschaften für eine zu bildende Kommission zur Aufsicht über die Gewerbeämter vorgeschlagen, in der den Kriegsverletzten Anleitung gegeben werden soll, sich für einen anderen Beruf vorzubereiten. Die Vorschläge sind vom Magistrat der Stadt Chemnitz erbeten worden.

Erfassungsmitglieder als Kriegsteilnehmer.

Obwohl fast die gesamte Arbeiterversicherung in weitestgehender Weise den Kriegsteilnehmern und ihren Angehörigen dienlich gemacht worden ist, sind leider die Erfassungen — die sogenannten Hilfskrankenlisten — bisher hierbei nicht einbezogen worden. Diese halten fast ausschließlich an ihren alten naturlichen Bestimmungen fest, wonach die zum Militär- oder Kriegsdienst Eingezogenen ihrer Rechte verlustig gehen. Soweit sie nur Mitglieder solcher Klassen sind, spüren sie daher gerade jetzt am deutlichsten, wie unvorsichtig es ist, nur einer solchen Erfassungsliste anzugehören. Es wird diesen Mitgliedern daher gewiß ein willkommenes Trost sein, wenn sie hören, daß auch sie sich die Rechte an eine Zwangs-Krankenliste erhalten können. Als solche Zwangs-Krankenlisten im Sinne des Gesetzes gelten: 1. Orts-, 2. Land-, 3. Betriebs- und 4. Innungs-Krankenlisten. Diejenigen Mitglieder der Erfassungslisten, die vor ihrem Eintritt in die Kriegsdiensteversicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt haben und den Befreiungsantrag bei der Zwangs-Krankenliste stellten, haben das Recht, sich bei diesen Zwangs-Krankenlisten als Selbstzahler weiter zu versichern. Bedingung ist jedoch, daß sie entweder unmittelbar vor dem Ausscheiden aus der letzten Beschäftigung 6 Wochen durch ihre versicherungspflichtige Beschäftigung der Zwangs-Krankenliste angehört oder im letzten Jahre ein halbes Jahr versicherungspflichtige Beschäftigung ausübten. Die Rechtslage der Erfassungsmitglieder ist nämlich durch die Bestimmungen der Reichs-Versicherungsordnung eine ganz andere geworden. Während früher diese Mitglieder durch den Nachweis solcher Mitgliedschaft ohne weiteres von der Versicherungspflicht bei der Zwangs-Krankenliste befreit waren, müssen sie jetzt trotzdem bei dieser als Mitglieder gemeldet werden. Sie bleiben auch Mitglieder der für sie zuständigen Zwangs-Kassen, wenn sie den sogenannten „Befreiungsantrag“ gestellt haben, d. i. der Antrag, nur bei der Erfassungsliste die Beiträge zahlen zu wollen. Ein solcher Antrag berührt nur die Rechte und Pflichten der Versicherten selbst. Der Arbeitgeber muß bekanntlich auch für solche Beschäftigte ein Drittel an die Kasse abführen. Aus diesem letzteren Umstande ergibt sich nun, daß wohl ihre Rechte an die Kasse ruhen, durch die versicherungspflichtige Beschäftigung und Zahlung des Arbeitsvertrittels jedoch ihre Mitgliedschaft bei der Zwangs-Krankenliste fortbesteht. Da aber der „Befreiungsantrag“ jederzeit von den Mitgliedern zurückgenommen werden kann, eine besondere Form hierfür nicht vorgeschrieben ist, vielmehr die einfache Leistung der Beiträge, Anmeldung als Selbstzahler usw. genügt, so ergibt sich hieraus die logische Konsequenz, daß alle Erfassungsmitglieder, sofern sie in dem erwähnten Sinne versicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt haben, auch beim Eintritt in die Kriegsdienste sich bei der für sie zuständigen Zwangs-Krankenliste als Selbstzahler melden können. Was jedenfalls bei diesen ersten Zeiten auch diesen Mitgliedern dringend zu empfehlen ist. Natürlich müssen von dem Tage an, an dem der Befreiungsantrag von ihnen zurückgenommen wird oder an dem sie sich als Selbstzahler melden, auch der volle Beitrag an die Zwangs-Kasse abgeführt werden. Dabei sei aber schließlich noch bemerkt, daß auch sie zweifellos das Recht haben, sich in einer niedrigeren Klasse als Selbstzahler zu versichern.

Aus unserem Beruf.

Am Sonntag, den 20. Juni, fand in Leipzig die Jahresversammlung des Verbandes deutscher Buchbinderbesitzer

statt, die trotz der Kriegszeit ziemlich zahlreich besucht war. Den Vorsitz führte der erste Vorsitzende Kommerzienrat Hübel-Leipzig. Die Tagesordnung war eine sehr reiche und es wurde lebhaft debattiert. Dem Geschäftsbericht nach hat sich der feste Zusammenschluß der Gewerbetenossen auch während der Kriegszeit gut bewährt. Mit den sonstigen Arbeitgeberverbänden stehe man in guter Beziehung und der Verband sei auch an den Arbeitgeberver-

band für die Papier und Leder verarbeitende Industrie angeschlossen und in sozialpolitischen Fragen durch die „Vereinigung für die Volkfragen der Papier verarbeitenden Industrie“ vertreten. Die Mitglieder gebören ferner größtenteils auch der Deutschen Streikentschädigungs-gesellschaft an.

Das vielfach zu tadelnde Vorgehen der Vereinten tief eine lebhafte Aussprache hervor. Es bedinge die Notwendigkeit eines immer festeren Zusammenschlusses und die Durchführung der kürzlich erfolgten Preiserhöhung für Buchbinderarbeiten. — Der Antrag des Verbandes Berliner Buchbinderbesitzer: „Wie schaffen wir eine sichere Grundlage für die Berechnung der Buchbindererzeugnisse?“ fand dahin seine Erledigung, daß man eine Kommission aus 5 Leipziger Mitgliedern und 2 Korrespondierenden Mitgliedern aus Berlin und Stuttgart wähle, die mit der Ausarbeitung einheitlicher Berechnungs-normen beauftragt wurde. — Zum Schluß der Versammlung gedachte der Vorsitzende der im Felde stehenden Berufsgenossen und sprach den Wunsch aus, daß die nächsthäufige Hauptversammlung wieder eine solche im Frieden sein möchte. An der Versammlung nahm als Vertreter des Bundes deutscher Buchbindervereinigungen auch Herr Droste-Berlin teil.

Der christliche „Graphische Zentralverband“

veröffentlicht in seinem Verbandsorgan „Graphische Stimmen“ einen Auszug aus seinem Jahresbericht für 1914, dem wir folgendes entnehmen. Sein Mitgliederbestand sank von 2787 auf 1577 Mitglieder. Da 600 Mitglieder zum Seeresdienst einberufen wurden, so gingen ihm außerdem noch 600 Mitglieder verloren, wovon der Hauptteil auf den Bezirk Tübingen unter den Papierarbeitern entfiel. An Beiträgen gingen 41 000 Mk. gegen 55 000 Mk. im Jahre 1913 ein. Für Arbeitslosenunterstützung wurden 15 200 Mk. gegen 7225 Mk. 1913 ausbezahlt; für Krankenunterstützung 7700, an Militär-Unterstützung 2000 Mk. und für Gemahregeltenunterstützung 4600 Mk. Die Ausgaben für Gehälter der Angestellten stiegen von 3564 Mk. 1912 auf 4532 Mk. 1913 auf 5197 Mk. im Jahre 1914. Da der Verband nur eine Jahresimnahme an Beiträgen von 41 000 Mk. hatte, so gingen 12,68 Proz. von ihr für persönliche Verwaltungsausgaben auf. Das Verbandsvermögen sank von 45 677,37 Mk. auf 35 928,56 Mk. Der Jahresbericht selbst ist schwer zu erlangen, da er sozusagen unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit erscheint. Warum mag das wohl sein? Scheut er die Öffentlichkeit?

Korrespondenzen.

Vorbereitung der Redaktion. Der beschränkte Raum unserer Zeitung sowie das im Anfang des Krieges fast ganz daniederliegende Versammlungsleben veranlaßte uns, die Versammlungsberichte ganz wegzulassen zu lassen. Auf die Dauer dürfte das aber nicht zweckmäßig sein, weil dabei die Kollegen fast nichts mehr von einander und von dem, was in den Zahlstellen vorgeht, erfahren. Es sollen daher zukünftig Versammlungsberichte usw. wieder aufgenommen werden, wenn es auch nur in bescheidenem Maße und insoweit der Fall sein kann, als wichtige Ereignisse in knapper Weise behandelt werden.

Gelsenberg. Im anregend auf das Verbandsleben einzuwirken, sah sich die hiesige Ortsverwaltung veranlaßt, in der letzten Zeit zwei Versammlungen anzuberaumen. In der ersten sprach der Bezirksleiter Kollege Wachner aus Leipzig über: „Krankreich, Land und Leute“, welches Thema er in vorzüglicher Weise zu beherrschen wußte, weil er mehrere Jahre in Frankreich gelebt und auch dort an der Arbeiterbewegung lebhaften Anteil genommen hat. In der zweiten Versammlung, am 23. Juni, entlegte sich die Kollegin Thiel-Leipzig in leichtverständlicher Weise ihrer Aufgabe mit dem Vortrag: „Was sollen die Kolleginnen und Kollegen aus der jetzigen Zeit für Lehren ziehen?“ Leider fehlten gerade die Kolleginnen in großer Zahl, für die der Vortrag in erster Linie bestimmt war. Den verhältnismäßig wenigen aber, die anwesend waren, setzte Kollegin Thiel auseinander, wie sie in dieser ersten Zeit die doppelte Pflicht hätten, im eigenen Interesse und dem unserer im Felde kämpfenden Kollegen den Verband hochzuhalten, damit er nach der dem Kriege folgenden Friedenszeit, die aber eine Zeit schwerer wirtschaftlicher Kämpfe sein dürfte, allen Aufgaben gewachsen sei.

Infolge der fehlenden Ausfuhr liegt das Geschäft hier noch immer danieder. 6 Betriebe mit ungefähr 40 Beschäftigten ruhen noch seit Kriegsbeginn, 8 männliche und 60 weibliche Arbeitslose sind vorhanden.

Rundschau.

A. C. Wodenschan. Die Verfolgung und Zurückdrängung der Russen war auch in der 48. Kriegswoche das wichtigste Ereignis. In einem bewundernswerten Tempo wird die Verfolgung unablässig fortgesetzt, so daß die weichen Truppen keinen Halt mehr finden, keine Sammlung in Ruhe mehr vornehmen können. Die Wegerfolge der Russen steigen über die Verzweiflungsmut der Franzosen. Ihre Angriffe sind stürmischer und verwegener als je aber sie werden in der Hauptsache stets blutig zurückgewiesen. Auch von Italien her kommt den vereinten Feinden Deutschlands keine Beihilfe. Die italienischen Truppen kommen nicht vorwärts, sondern erleiden Zurückweitung über Zurückweitung. Auch an den Dardanellen sind die Erfolge der Feinde rein negativer Natur, so daß man nach wie vor die militärische Lage der Zentralmächte einschließlich der Türkei als günstig bezeichnen muß. Das heißt aber doch nicht, daß wir schon über den Berg wären. Die Widerstandskraft des Viererbandes ist noch nicht gebrochen. Weder Frankreich, das allen Anlaß hätte, der Stimme der Vernunft zu folgen, noch Rußland, am wenigsten aber England denken schon an Frieden oder Entgegenkommen oder Nachgiebigkeit. Im Gegenteil, noch immer geht das Ziel dahin, Deutschland niederzuwerfen und ihm Bedingungen zu diktieren, durch die Deutschlands wirtschaftliche und politische Kraft dauernd gebrochen würde. Die Gegner sehen zwar allmählich ein, daß sie mit Deutschland nicht so schnell fertig werden, wie sie es sich in ihrer Verblendung vorgestellt hatten, aber für sie selbst steht zu viel auf dem Spiele, um die Durchführung ihrer Absicht aufzugeben. Man denke doch nur einmal an Frankreich. Wer kann es nicht verstehen, daß dieses Volk nunmehr, wo es zu fühlen beginnt, wie es dank der Politik seiner leitenden Männer dem Abgrund entgegengeht, von wilder Verzweiflung erfaßt wird, um das Geschick noch aufzubalten. Auf das Konto Englands kann Frankreich die Verluste an Menschen buchen, die es in diesem Kriege verliert, in Rußland verliert das Land einen großen Teil seines Kapitalvermögens; außerdem sinkt es aber zu einem Staate zweiten Ranges herab. In Rußland aber mit seinem agrarischen Charakter ist der Mensch noch ein gar billiges Objekt, das die Machthaber Russlands noch ganz nach ihrem Belieben verwenden können. Auch dort wird man das massenhafte Menschenmaterial noch solange an die Front treiben, solange es irgendwie angeht. Und das reiche, das kluge England! Gewiß, auch dieses Land hat unter dem Kriege zu leiden, aber doch weit weniger als Frankreich und Rußland. Die Verluste an Menschenleben sind relativ sehr gering, die Kapitalaufwendungen aber, die Verrechnung der Schuldenlast rentieren sich bei einem Siege des Viererbandes zweifelloso. Dann ist ein lästiger Rivale auf dem Weltmarkt ausgeschaltet — besonders wenn man ihm 60 Milliarden Mark Kriegslofen auferlegen könnte, wie England beabsichtigt —, ein Rivale, wie sobald sein zweites England bedrängen wird. Dieses Ziel zu erreichen, können wohl sehr erhebliche Opfer an Kapital gebracht werden, namentlich wenn man nebenbei die Verbündeten so finanziert, daß daraus nach dem Kriege noch recht anständige Gewinnschichten erzielt lassen. Täuschen wir uns also nicht über die Stimmung der führenden Kreise in den feindlichen Ländern. Das Volk aber, in dem sich vielleicht Friedenssehensucht einstellt, hat doch selbst in ganz demokratischen Ländern wie in Frankreich nichts zu sagen, geschweige denn in Rußland. Unter diesen Umständen bleibt nichts anderes übrig — und wäre man auch sonst der größte Friedensfreund — als die Konsequenz zu ziehen, daß das eiserne Würfelspiel weitergespielt werden muß, bis die Gegner nachgeben und eintreten müssen.

Der Verband der Lithographen und Steindruckereim Jahre 1914. Schon seit einer Reihe von Jahren hat der Verband eine Zeit der schwersten Prüfungen zu bestehen. Nicht allein, daß das lithographische Gewerbe schon lange unter einer besonders schweren wirtschaftlichen Depression zu leiden hatte, mußte der Verband auch zwei große Streit- und Ausparungskämpfe 1906 und 1911/12 durchmachen, bei denen mehr als ein Viertel aller Mitglieder in Mitleidenschaft gezogen und wodurch außerordentlich hohe Anforderungen an die Verbandskasse gestellt wurden. Ende 1913 trat eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt ein, so daß auf das Jahr 1914 die besten Hoffnungen gesetzt werden konnten. Auch die internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik sollte das gesamte graphische Gewerbe neu beleben. Durch den ausgebrochenen Weltkrieg wurde dies jedoch unterbrochen und alle Hoffnungen zunichte gemacht. Die Arbeitslosigkeit stieg ins Unerwartete. Am 16. August wurden 7713 arbeitslose Mitglieder ge-

zählt und 3080 waren zum Kriegsdienst eingezogen. Rund 10 800 waren also aus dem Beruf gerissen. Von den übriggebliebenen Mitgliedern konnten nur 3228 voll arbeiten und 1900 halbe Tage und weniger. Das kam beinahe einem völligen Zusammenbruch gleich, denn durch die Lohnkämpfe und durch die lange Wirtschaftskrise war die Verbandskasse sehr geschwächt. Sie war gerade im Begriff, sich zu erholen, als der Krieg ausbrach. Der Verband sah sich daher gezwungen, seine statutarischen Unterfertigungen außer Kraft zu setzen; er konnte nur eine Notstandsunterfertigung zahlen, die allen Arbeitslosen und einem Teil Invaliden und Witwen gewährt wurde. Doch auch dieses war nur durch die Hilfe der der Generalkommission angeschlossenen Verbände möglich. Allmählich ging die Arbeitslosigkeit zurück; viele Mitglieder fanden in Gewerben für Kriegslieferungen Beschäftigung; am Schluß des Jahres waren aber immer noch 1596 arbeitslose Mitglieder vorhanden, während im 1. und 2. Quartal durchschnittlich nur 536 gezählt wurden. Wie groß der Verlust an Mitgliederbeiträgen war, geht daraus hervor, daß im Laufe des Jahres wegen Arbeitslosigkeit usw. 124 457 beitragsfreie Wochenmarken in die Mitgliedsbücher gesteckt werden mußten. Der Verlust ist natürlich durch die Einberufung der vielen Mitglieder zum Kriegsdienst noch weit bedeutender. Die Einnahmen betragen im Berichtsjahr 753 145 Mark, die Ausgaben 913 350 Mark. Darunter wurden ausgezahlt für Arbeitslosenunterstützung 296 856 Mark, Krankenunterstützung für Gehilfen 140 029 Mark, für Lehrlingsmitglieder 3880 Mark, Wahrungelungenunterstützung 3744 Mark, Lohnbewegungen 6068 Mark, Rechtschutz 1581 Mark, Umzugskosten 10 381 Mark, Reiseunterstützung 11 894 Mark, Unterfertigung bei militärischen Übungen 1542 Mark, Invalidenunterstützung 69 568 Mark, Witwenunterstützung 37 680 Mark, Steuerbeihilfe für Mitglieder 9600 Mark, für Mitgliederfrauen 2100 Mark und für verstorbene Lehrlingsmitglieder 275 Mark. Die Zahl der Gehilfenmitglieder betrug am Anfang des Jahres 16 533, die der Lehrlingsmitglieder (dem Verband ist seit 1908 eine Lehrlingsabteilung angegliedert) 2243. Am Schluß des Jahres zählte der Verband nur noch 11 028 Gehilfenmitglieder und 1925 Lehrlingsmitglieder; 59 Lehrlingsmitglieder sind Kriegsteilnehmer. Von den Gehilfenmitgliedern wurden bis 31. Dezember 4949 als zum Meeresdienst einberufen gezählt und diese Zahl steigt noch ständig durch die weiteren täglichen Einziehungen. Von den zum Kriegsdienst eingezogenen waren bis 31. Dezember 103 als gefallen und 89 als verwundet gemeldet. Außerdem sind im Laufe des Jahres 133 Mitglieder an den verschiedenen Krankheiten gestorben, darunter die Mehrzahl an Lungenleiden.

Trotz der ungünstigen Wirtschaftslage des Gewerbes hat der Verband seine Hauptaufgaben, für die Mitglieder günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, tatkräftig zu erfüllen versucht. Die geführten Lohnbewegungen erstreckten sich naturgemäß nur auf das erste Halbjahr. Insgesamt fanden in dieser Zeit 30 Lohnbewegungen mit 838 Beteiligten statt. In 5 Fällen kam es zu kleineren Streiks, bei denen insgesamt nur 69 Personen beteiligt waren. 5 Tarifverträge wurden für 528 Gehilfen abgeschlossen, darunter auch der Tarif für das Münchener Steindruckgewerbe mit 360 Gehilfen, der nach wochenlangen Verhandlungen noch kurz vor Kriegsausbruch auf 5 Jahre abgeschlossen wurde. Erreicht wurden für 341 Gehilfen Lohnerböhrungen im Gesamtbetrag von 471 Mark wöchentlich, Arbeitszeitverkürzungen erzielten 39 Gehilfen je eine halbe Stunde, 78 eine Stunde und 2 je 6 Stunden wöchentlich; außerdem wurden noch eine Reihe sonstiger Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse erzielt.

Würde der Krieg nicht das Betätigungsgebiet abgebrochen haben, so wären zweifellos bessere Resultate zu berichten gewesen. Zieht man aber in Betracht, daß bei Ausbruch des Krieges die Existenz des Verbandes außerordentlich gefährdet war, so ist es erfreulich, daß es möglich war, über diese schwere Zeit hinwegzukommen, und es ist begründete Hoffnung vorhanden, daß der Verband auch die fernere Zeit des unheilvollen Krieges glücklich übersteht wird.

Zum Wiederaufbau Ostpreußens. Wie im Bau-gewerbe, so haben sich auch die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Holzindustrie, wie wir der „Holzarbeiter-Zeitung“ entnehmen, in einer gemeinsamen Sitzung unter Vorsitz des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, über Vereinbarungen betreffend die Arbeitsbedingungen und Arbeitsvermittlung für das Holzgewerbe in Ostpreußen“ verständigt. Nach der Holzarbeiter-Zeitung sind in der Provinz Ostpreußen zusammen 33 553 Gebäude vernichtet oder stark zerstört worden. Man kann daraus ermaßen, welch ein heilloser Schaden entstanden wäre, wenn die Russen ihren bedrücktesten Marsch nach Berlin hätten ausführen können und

wie sehr auch die Arbeiterklasse würde darunter gelitten haben. Unsere Parteitheoretiker stürzen sich natürlich nicht nach ihrer Ansicht hätten die „wahren“ Sozialisten mit verdrängten Armen zusehen müssen, denn der „kapitalistische“ Krieg ginge sie nichts an. Und was sagen die Verdächtigen der deutschen „Barbaren“ im Auslande zu jenen „Kultur“taten der Russen?

25 Jahre Fabrikarbeiterverband. Ein Verband nach dem andern vollendet nach und nach das 25. Jahr seines Bestehens. Zu diesen gesellt sich jetzt auch der Fabrikarbeiterverband. Die uns vorliegende geschmackvoll ausgestattete Festnummer seines Verbandsorgans schildert die Mühen und Kämpfe, welche notwendig waren, um den Verband zu seiner jetzigen Größe empor zu bringen, der bekanntlich zu den größten deutschen Gewerkschaften gehört. Wir wünschen dem Verbands in seinem neuen Lebensabschnitt eine ungetrübte, die Wirklungen und Folgen des Krieges glücklich überwindende Aufwärtsentwicklung.

August Breh, Vorsitzender des Fabrikarbeiterverbandes, beging gleichfalls mit dem Jubiläum seines Verbandes sein 25jähriges Dienstjubiläum. Auch er hat sein redlich Teil zum Emporkommen seines Verbandes mit beigetragen, was bei den ausgedehnten Arbeiten und Arbeiterinnen der verschiedenen Industrien zusammengefaßten Mitgliedern des Fabrikarbeiterverbandes keine leichte Aufgabe war. Genosse Breh ist auch hervorragend politisch tätig und sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter der Stadt Hannover.

25 Jahre Verbandsvorsitzender im Zimmerer-Verbande. Am 1. Juli konnte der Vorsitzende des Zimmererverbandes Friß Schrader auf eine 25jährige Tätigkeit als Zentralvorsitzender zurückblicken. Vorher Vorsitzender der Zahlstelle Hamburg, wurde er auf dem zu Pfingsten 1890 in Frankfurt a. M. tagenden Handwerkerkongress zum Vorsitzenden gewählt. Die ersten Jahre seines Wirkens als Vorsitzender standen im Zeichen einer Wirtschaftskrise. Daher kam es, daß trotz dem Fall des Ausnahme-gesetzes und der damit verbundenen Beseitigung der größten Fesseln der Gewerkschaftsbewegung die Mitgliederzahl zurückging. Hier galt es mit frischer agitatorischer Kraft einzugehen. Der Verband wuchs denn auch bald zusehends unter der Leitung Schraders. Vor 25 Jahren 14 596 Mitglieder in 243 Lokalverbänden, zählte der Zimmererverband im 2. Quartal des Vorjahres in 821 Zahlstellen 62 673 Mitglieder. In diesem Aufstieg steht viel agitatorische Arbeit. Noch mehr aber in der Führung der vielen Lohnkämpfe, der Abwehr- und Angriffsmah-nahmen gegen die nicht allezeit friedfertigen bau-gewerlichen Unternehmerverbände. Und als dann in späteren Jahren die internationalen Beziehungen der Gewerkschaften immer regere wurden, schloß auch der Zimmererverband das Bruderband der internationalen Solidarität um die ausländischen Verbandsorganisationen. Friß Schrader wurde 1903 zum internationalen Sekretär ernannt.

Millionenverluste einer deutschen Papierfabrik. Einen Gesamtverlust von 6 504 740 Mark weist die Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabriken in Nischaffenburg für das Jahr 1914 aus, nachdem sie noch 1913 eine Dividende von 8 Proz. ausgeschüttet hatte. Die Gesellschaft suchte ihr Heil in einer Neubuzierung des Aktienkapitals, das bisher 12 Millionen Mark betrug, auf die Hälfte, wodurch buchnäßig allerdings der Verlust verschwinden dürfte. Ob das Wanto tatsächlich zu beirigen sein wird, ist eine andere Frage und hängt einzig und allein davon ab, ob sich nach der buchnmäßigen Ausgleichung der Bilanz eine Bank bereitklären wird, die nötigen Varmittel beizustellen.

Der Fehlbetrag der Wugra. Die Internationale Buchgewerbeausstellung Leipzig 1914, die bei ihrer Eröffnung zu den größten Hoffnungen auch hinsichtlich ihrer finanziellen Erfolge berechtigte, hat infolge der kriegerischen Ereignisse mit einem Fehlbetrag abgeschlossen, der sich auf rund 1 953 000 Mark beläuft. Von diesem Betrage gehen zunächst die Beiträge des sächsischen Staates und der Stadt Leipzig von je 200 000 Mark ab, so daß der noch zu deckende Fehlbetrag rund 1 553 000 Mark beträgt. Die Ausstellungsleitung ist deshalb bereits im Herbst an die Garantiefondsgelehrten mit dem Ersuchen herangetreten, die geeignete Garantiesumme in einer gewissen Zeit voll einzuzahlen. Selbst wenn es möglich wäre, die voll einzuzahlende Garantiesumme von 1 270 000 Mark hereinzubekommen, was in der jetzigen Zeit ausfallslos erscheint, wird diese Summe noch bei weitem nicht ausreichen, um das ganze Ausstellungsdefizit zu decken, andererseits sind die

Gläubiger der Ausstellung zum wesentlichen Teil Handwerker, die den ihnen an die Ausstellung zu strehenden Betrag dringend benötigen. Nach Prüfung aller Möglichkeiten, die hier zum Ziele führen könnten, ist kürzlich eine Eingabe an den Reichstanzler gelangt, welche Regelung der Angelegenheit durch das Reich erstrebt. Die Eingabe, die von 16 deutschen Industrieverbänden unterzeichnet ist, zielt in der Mitte, der Reichstanzler wolle bei der Reichsregierung im Interesse deutschen Gewerbes beauftragt werden und dahin wirken, daß der Fehlbetrag möglichst von Reichs wegen übernommen oder doch wenigstens im Falle eines für das Deutsche Reich siegreichen Ausgangs des jetzigen Weltkrieges bei einer etwa zu erreichenden Kriegsentschädigung mit berücksichtigt werden möchte." („Voss. Ztg.")

Die zweite Generalversammlung der Volksfürsorge zur Rechnungslegung über das Geschäftsjahr 1914 trat am Sonntag, den 26. Juni, im Sitzungssaal der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg zusammen.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Reichstagsabgeordneter Gustav Bauer, eröffnete die Generalversammlung und stellte die ordnungsgemäße Vertretung sämtlicher Aktionäre durch bestellte Bevollmächtigte fest. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied A. von Elm gab den Geschäftsbericht des Vorstandes, der gedruckt vorlag und aus dem in der Presse bereits die Hauptpunkte veröffentlicht wurden. Er bezeichnete den Abschluß als einen unter den bestehenden Verhältnissen günstigen. Wenn auch die, nach dem Verlaufe des ersten halben Jahres, berechnete Hoffnung, einen günstigeren Bericht vorlegen zu können, durch den Krieg vereitelt wurde, so sind wir doch in der Lage, über einen Heberüberschuß von 171 947,04 Mk. zu verfügen und dadurch den verchiedenen Fonds 74 889 Mk. und der Gewinnreserve der Versicherten 96 115 Mk. zuzuführen zu können. Der Versicherungsbestand, der Ende 1913 70 125 Policen mit einer Versicherungssumme von 12 912 068 Mk. betrug, stieg bis Ende 1914 auf 163 469 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 25 615 271 Mk., also mehr als eine Verdoppelung der Versicherungssumme. Die Gesellschaft hat einen Bestand von 2751 Policen und in eine andere Versicherungsart umzuwandeln 23 747 Policen. Das ist ein durch den Krieg bedingter außerordentlicher Abgang, der aber im Vergleich zu anderen Gesellschaften noch als recht günstig zu bezeichnen ist. Der Vorsitzende Bauer stimmte im Namen des Aufsichtsrats dem Geschäftsbericht sowie der vom Vorstand aufgestellten Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung in allen Punkten zu.

Beim Punkt 2 der Tagesordnung gab Herr Junger (Berlin) den Bericht der Revisionskommission des Aufsichtsrats, konstatierend, daß bei den verschiedenen Revisionen der Kommission und des vom Aufsichtsrat besonders beauftragten Revisors, Herrn Bäßlein, alles in bester Ordnung befunden wurde. Ohne Erörterung wurde hierauf als Punkt 3 der Tagesordnung der Antrag des Aufsichtsrats, die Jahresrechnung zu genehmigen und dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung zu erteilen, einstimmig angenommen.

Bei Punkt 4 der Tagesordnung erläuterte Herr von Elm den vom Vorstand und Aufsichtsrat vorgeschlagenen Plan zur Verteilung des erzielten Heberüberschusses und teilte mit, daß über den Verzicht auf die ihnen zustehenden Zinsen im Betrage von 40 000 Mk. unter den Aktionären bereits eine schriftliche Abstimmung vorgenommen wurde, wobei der Verzicht einstimmig ausgesprochen wurde.

Hierauf wurde von der Generalversammlung einstimmig beschlossen:

1. Für das Geschäftsjahr 1914 tritt eine Verzinsung des Aktienkapitals nicht ein; der dafür nach § 36 Absatz 2 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages bereitzustellende Betrag von 40 000 Mk. ist unbeschadet der nach dem Gesellschaftsvertrage vorgeschriebenen Dotierung — dem Kriegsvorratfonds (§ 36 Absatz 2 Ziffer 3 des Gesellschaftsvertrages) zuzuführen.

2. Von dem erzielten Heberüberschuß im Betrage von 171 947,04 Mk. sind gemäß den Bestimmungen des § 36 des Gesellschaftsvertrages zuzuwenden:

- 1. dem gesetzlichen Reservefonds 5 v. H. — 8 597,35 Mk.
- 2. dem Organisationsfonds 5 v. H. — 8 597,35 „
- 3. dem Kriegsvorratfonds 5 v. H. — 8 597,35 „
- plus 2. soeben beschlossene 40 000 Mk. — 40 000,00 „
- 4. dem Fonds I. Bestand. Reserven 5 v. H. — 8 597,35 „
- 5. der Gewinnreserve der Versicherten 5 v. H. der 1 962 310,90 Mk. betragenden Jahresprämie der mit Gewinnbeteiligung Versicherten. — 96 115,54 „

Der Rest von 1442,10 Mk. ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Aufsichtsrat hat nach § 33 des Gesellschaftsvertrages die Anstellung eines Revisors beantragt

und schlug dazu Herrn Bäßlein vor, dessen Wahl hierauf einstimmig vollzogen wurde.

Der Aufsichtsrat verzichtete zugunsten der Versicherten auf die ihm nach dem Gesellschaftsvertrage zustehende Entscheidung auch für das abgelaufene Jahr und bewies damit wie die Aktionäre, daß es ihm ernst damit ist, die Volksfürsorge als eine wirklich gemeinnützige Versicherungsanstalt im Interesse der Versicherten zu führen.

Eine Bitte an die Gau- und Ortsverwaltungen.

Die Meldung von im Kriege gefallenen Mitgliedern wolle man stets auf einem besonderen Blatte machen und dabei in derselben Reihenfolge die nachfolgenden Angaben machen: wann und wo die betreffenden Mitglieder gefallen sind, wann und wo sie geboren, wann und wo sie in den Verband eingetreten und wo sie zuletzt Mitglieder waren.

Wir bitten dies in allen Fällen beobachten zu wollen, da dadurch Unrichtigkeiten und unnütze Schreibereien vermieden werden.

Die Redaktion.

Adressenänderungen.

- Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer.
- B. = Bevollmächtigter.
- K. = Kassierer (in einzelnen Fällen auch Unterstützungsausgeber).
- Lübeck. K. W. Munge, Hafenstr. 16 II.
- Wannheim-Ludwigshafen. H. L. Schneider, Mannheim, Eisenstr. 15.
- Schleiz. K. J. Steiner, Teichstr. 8.

Anzeigen

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder K. V. G. Verwaltungsstelle Berlin.

Montag, den 19. Juli 1915, abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Wollschläger, Adalbertstr. 21

Hauptversammlung

- Tagesordnung:
1. Mitteilung.
 2. Abrechnung pro 4. Quartal 1914.
 3. Bericht des Kontrollseurs.
 4. Wahl der Ortsverwaltung.

Die Ortsverwaltung.

Für Depot und Archiv einer Bank Norddeutschlands wird ein solider

Buchbinder

zum sofortigen Eintritt gesucht. Offerten mit Lebenslauf und Gehaltsansprüchen unter **N. 6895** durch Invalidentauk, Berlin W. 9.



Lieferung ganzer Einrichtungen für Buchbinderladen u. -Werkstatt **O.Th. Winckler, Leipzig**

Ehren- Tafel für unsere im Kampf fürs Vaterland gefallenen Kollegen.

In den Karpatenkämpfen fiel am 12. Juni der Kollege

Kurt Märtens

geb. 4. Mai 1894 in Berlin, eingetreten in unsern Verband am 22. Januar 1912 in Berlin, zuletzt Mitglied der Zahlstelle Berlin.

In den Folgen einer rheumatischen Erkrankung verstarb im März in der Gefangenschaft in Sibirien unser Kollege

Karl Kern

geb. den 11. August 1874 in Wien, eingetreten in unsern Verband am 10. November 1906 in Magdeburg, zuletzt Mitglied in Berlin.

Am 9. Januar fiel bei La Bassee in Nordfrankreich der Kollege

Karl Sonnenwald

geb. am 20. Dezember 1890 in Heilbronn, eingetreten in unsern Verband am 8. September 1908 in Heilbronn, zuletzt Mitglied in Dortmund.

Am 24. April fiel bei Grunipn unser Kollege

Karl Benz

geb. am 15. April 1887 in Heilbronn, eingetreten in unsern Verband am 8. Juni 1904 in Heilbronn, zuletzt Mitglied in Heilbronn.

Am 11. Mai fiel bei Veterneft in Belgien unser Kollege

Hermann Wieland

geb. am 24. Juli 1888 in Heilbronn, eingetreten in unsern Verband am 1. Oktober 1906 in Heilbronn, zuletzt Mitglied in Heilbronn.

Am 20. Mai fiel in Galizien unser Kollege

Wilhelm Sonnenkalt

geb. den 26. September 1892 in Halberstadt, eingetreten in unsern Verband am 3. April 1911 in Halberstadt, zuletzt Mitglied der Zahlstelle Oldenburg.

Am 1. Juni fiel in den Karpaten unser Kollege

Ernst Bohne

geb. am 24. August 1891 in Schmölln, eingetreten in unsern Verband am 26. Dezember 1909 in Freiburg i. B., zuletzt Mitglied in Freiburg.

Mitte Februar fiel in den Argonnen unser Kollege

Wilhelm Bartels

geb. am 17. November 1883 in Nienhagen, eingetreten in unsern Verband am 4. März 1905 in Hannover, zuletzt Mitglied in Hannover.

In den Kämpfen um Przemysl fiel unser Kollege

Richard Hammer

geb. am 18. September 1891 in Linden, eingetreten in unsern Verband am 1. August 1911 in Hannover, zuletzt Mitglied in Hannover.

Den Opfern der Kämpfe um den Frieden Deutschlands ein ehrendes Andenken!